

Europawahl 2004: eine Online-Umfrage

Kellermann, Charlotte; Juhász, Zoltán; Rattinger, Hans

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kellermann, C., Juhász, Z., & Rattinger, H. (2004). *Europawahl 2004: eine Online-Umfrage*. (BACES Discussion Paper, 5). Bamberg: Bamberger Centrum für Empirische Studien (BACES). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-117778>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

BACES

Bamberger
Centrum für
Europäische Studien

Otto-Friedrich
Universität Bamberg



Charlotte Kellermann, Zoltán Juhász, Hans Rattinger

EUROPAWAHL 2004: EINE ONLINE-UMFRAGE

BACES Discussion Paper No. 5 (2004)

BACES Discussion Papers

Bamberg Center for European Studies (BACES)

Otto-Friedrich Universität Bamberg

Feldkirchenstraße 21

D-96045 Bamberg

Phone ++49 951 863-2592

Fax ++49 951 35996

Email secretary@baces.uni-bamberg.de

www.baces.uni-bamberg.de

Editors:

Martin Heidenreich, Hans-W. Micklitz, Andreas Oehler,

Hans Rattinger, Johannes Schwarze (Board of BACES Directors)

ISSN: 1614-2594

© 2004 by the Author(s)

EUROPAWAHL 2004: EINE ONLINE-UMFRAGE

Charlotte Kellermann, Zoltán Juhász, Hans Rattinger

Inhaltsverzeichnis

1	Einführung.....	1
2	Die allgemeine Stimmungslage.....	1
2.1	Mit Skepsis in die Zukunft.....	2
2.2	Wirtschaftslage: Schlechte Bewertungen - gedämpfte Erwartungen	3
3	Das politische Meinungsklima.....	4
3.1	Politische Stimmung	4
3.2	Wichtigste Probleme: Arbeitslosigkeit und politische Inkompetenz	6
3.3	Mangelnde Kompetenz der politischen Parteien	7
3.4	Präferenz für nationale Lösungen.....	8
3.5	Aktuelle Krise oder generelles Demokratiedefizit?	9
3.6	Mehr Vertrauen in nationale als in europäische Institutionen	10
4	Die Europäische Union im Meinungsbild	12
4.1	Großes Interesse an europäischen Themen	12
4.2	Wahlabsicht bei der Europawahl 2004	14
4.3	Verbundenheit mit Europa oder mit der Europäischen Union.....	15
4.4	Starke Befürwortung der Mitgliedschaft Deutschlands in der EU	16
4.5	Was Europa bewegt: Einstellungen zu europapolitischen Fragen.....	18
5	Zusammenfassung.....	20
6	Anhang.....	21
6.1	Feldbericht.....	21
6.2	Sozialstrukturelle Zusammensetzung und regionale Verteilung	22

1 Einführung

Aus Anlass der Wahlen zum Europäischen Parlament am 13. Juni 2004 führte das Bamberger Centrum für Europäische Studien (BACES) zusammen mit dem Lehrstuhl für Politikwissenschaft II (Prof. Dr. Hans Rattinger) eine bundesweite Online-Umfrage durch.¹

Im vergleichsweise kurzen Befragungszeitraum von nur zehn Tagen (4. bis 13. Juni) nutzten insgesamt 3.411 Personen die Möglichkeit zur Teilnahme an der Online-Umfrage zur Europawahl 2004. Dabei entstanden 2.936 verwertbare Interviews. Da es sich um eine offene Online-Umfrage handelte, stellt die Stichprobe hinsichtlich der sozialstrukturellen Zusammensetzung *keinen* repräsentativen Bevölkerungsquerschnitt dar. Die Befragten sind im Mittel deutlich jünger, haben höhere Bildungsabschlüsse und sind auch politisch wesentlich stärker interessiert als der Durchschnittsbürger. Da eine sozialstrukturelle Gewichtung bei einer solchen Stichprobe nicht zur Repräsentativität bei inhaltlichen Fragen führt, wurde auf eine solche Gewichtung bewusst verzichtet. Folglich beziehen sich die folgenden Ergebnisse auf die ungewichtete Stichprobe, deren Zusammensetzung im Anhang detailliert beschrieben ist.

Trotz der fehlenden Repräsentativität der Daten für die Gesamtbevölkerung liefert die Umfrage aufschlussreiche Ergebnisse zur allgemeinen Stimmungslage und zu den europapolitischen Einstellungen in Deutschland. Die Befunde bestätigen zahlreiche für die Gesamtbevölkerung bekannte Tendenzen und Zusammenhänge.

Zudem werden die Umfrageergebnisse in einem gesonderten Projekt zusätzlich zur Überprüfung methodischer Fragen herangezogen. Die Ergebnisse dieser weiterführenden Untersuchungen könnten in der Zukunft dazu beitragen, auch auf der Basis von offenen Online-Umfragen genauere Aussagen über die Einstellungen der Bevölkerung (oder zumindest bestimmter Bevölkerungsgruppen) zu machen.

2 Die allgemeine Stimmungslage

Die Grundstimmung war zur Jahresmitte 2004 eher verhalten. Zu den insgesamt pessimistischen Zukunftserwartungen dürfte nicht zuletzt die schlechte Bewertung der gegenwärtigen allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Deutschland beitragen. Allerdings zeigen sich die Befragten hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Deutschland etwas optimistischer. Sollten sich diese vergleichsweise positiven Erwartungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage erfüllen, dürfte auch die allgemeine Zuversicht in der Zukunft wieder ansteigen.

¹ Bei der Erarbeitung dieses Beitrages wurden die Verfasser dankenswerterweise unterstützt von Herrn stud. rer. pol. Markus Heindl.

2.1 Mit Skepsis in die Zukunft

Auf die allgemeine Frage, ob man der Zukunft mit Befürchtungen oder mit Zuversicht entgegenseht, ergibt sich ein eher düsteres Gesamtbild (Tabelle 1). Rund zwei Drittel der Befragten sehen der Zukunft mehr oder weniger pessimistisch entgegen. Bei 28 Prozent überwiegen die Befürchtungen und bei 36 Prozent bestimmen sowohl Befürchtungen als auch Zuversicht die Stimmung. Nur 36 Prozent der Befragten äußern sich eindeutig optimistisch.

Die Anhänger der Regierungsparteien SPD und Bündnis90/Die Grünen sind erwartungsgemäß deutlich zuversichtlicher als die Anhänger der Oppositionsparteien. Doch auch bei den Sympathisanten der Regierungsparteien sieht nur rund jeder Zweite optimistisch in die Zukunft. Dagegen ist unter den Unionsanhängern nur jeder Vierte zuversichtlich und bei den PDS-Wählern sogar nur jeder Fünfte. Die Wähler anderer Parteien sowie die Nichtwähler, die oft als Sammelbecken politikverdrossener und uninteressierter Bürger gelten, bewerten die Zukunftsaussichten am negativsten. In diesen Gruppen sehen nur 17 bzw. neun Prozent optimistisch in die Zukunft, während bei 59 bzw. 55 Prozent die Befürchtungen überwiegen.

Tabelle 1

		Bundestagswahlabsicht							
		Gesamt	CDU/ CSU	SPD	B90/ Grüne	FDP	PDS	Andere Partei	Nicht- wähler
Sehen Sie der Zukunft eher mit Zuversicht oder eher mit Befürchtungen entgegen?	mit Zuversicht	36	25	50	45	37	21	17	9
	teils/teils	36	38	35	37	39	32	24	36
	eher mit Befürchtungen	28	37	15	18	24	47	59	55
	Differenz	+8	-12	+35	+27	+13	-26	-42	-46

Differenz = „eher mit Zuversicht“ - „eher mit Befürchtungen“

2.2 Wirtschaftslage: Schlechte Bewertungen - gedämpfte Erwartungen

Bei der Beurteilung der aktuellen wirtschaftlichen Lage in Deutschland ergibt sich ebenfalls ein negatives Stimmungsbild (Tabelle 2). Nur elf Prozent der Befragten schätzen die derzeitige wirtschaftliche Lage in Deutschland als „gut“ ein. „Sehr gute“ Bewertungen werden nur im Ausnahmefall gegeben (1%). Dagegen beurteilen 46 Prozent die gegenwärtige wirtschaftliche Lage als „schlecht“ oder sogar als „sehr schlecht“. Ein ähnlich großer Anteil der Befragten (42%) schätzt die Lage uneinheitlich ein.

Die Zukunftserwartungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland sind dagegen nicht ganz so pessimistisch. 42 Prozent der Befragten glauben, dass die wirtschaftliche Lage im nächsten Jahr „wesentlich besser“ oder „etwas besser“ sein wird. Ein ähnlich großer Anteil (40%) erwartet keine Veränderungen, während 18 Prozent auch für das nächste Jahr eine weitere Verschlechterung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage voraussehen.

Tabelle 2

		Bundestagswahlabsicht							
		Gesamt	CDU/ CSU	SPD	B90/ Grüne	FDP	PDS	Andere Partei	Nicht- wähler
Wie beurteilen Sie die heutige wirtschaftliche Lage in Deutschland?									
	sehr gut	1	0	1	1	0	3	2	0
	gut	11	4	19	16	6	9	6	5
	teils gut/ teils schlecht	42	27	54	59	33	44	25	28
	eher schlecht	37	52	25	23	48	37	45	53
	sehr schlecht	9	17	1	1	13	7	22	14
	Differenz¹	-34	-65	-6	-7	-55	-32	-59	-62
Wie wird die wirtschaftliche Lage in Deutschland in einem Jahr sein?									
	wesentlich besser	3	1	8	3	1	0	1	0
	etwas besser	39	25	58	56	30	23	11	18
	gleich bleibend	40	49	27	34	48	51	37	47
	etwas schlechter	14	20	6	6	17	17	32	27
	wesentlich schlechter	4	5	1	1	4	9	19	8
	Differenz²	+24	+1	+59	+52	+10	-3	-39	-17

Differenz¹ = („sehr gut“ + „gut“) - („eher schlecht“ + „sehr schlecht“)
Differenz² = („wesentlich besser“ + „etwas besser“) - („etwas schlechter“ + „wesentlich schlechter“)

Die Einschätzungen der gegenwärtigen und zukünftigen allgemeinen wirtschaftlichen Lage sind bei den Anhängern der Regierungsparteien erneut wesentlich positiver als bei den Anhängern der Oppositionsparteien und bei den Nichtwählern. Zwar überwiegen auch bei den Anhängern der Regierungsparteien SPD und

Bündnis90/Die Grünen die negativen Einschätzungen leicht die positiven Bewertungen der gegenwärtigen Lage, doch diese Differenzen sind wesentlich kleiner als bei den Anhängern aller Oppositionsparteien und der Nichtwähler.

Die zukünftige Entwicklung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland wird von den Anhängern der im Bundestag vertretenen Parteien (mit Ausnahme der PDS) in der Tendenz positiv bewertet. Während sich bei den CDU/CSU-Sympathisanten optimistische und pessimistische Erwartungen allerdings noch weitgehend die Waage halten, überwiegt bei den FDP-Anhängern bereits leicht der Optimismus, und eine deutliche Mehrheit der Anhänger der beiden Regierungsparteien erwartet einen Aufschwung der Wirtschaft im nächsten Jahr.

3 Das politische Meinungsklima

Angesichts der eher schlechten allgemeinen und wirtschaftlichen Stimmungslage stellt sich die Frage, ob diese pessimistische Haltung sich auf die politischen Einstellungen auswirkt. Auf die Frage, ob die Regierungsparteien für die schlechte Lage abgestraft werden, kann diese Studie aufgrund der fehlenden Repräsentativität keine eindeutige Antwort geben. Einiges weist jedoch darauf hin, dass sich die SPD in der Tat in einem tiefen Stimmungstal befindet. Unter anderem erhält die SPD auch bei jenen politischen Problemen, deren Lösung traditionell eher ihr zugetraut wird, nur durchschnittliche Kompetenzzuweisungen. Die zum Teil große Unzufriedenheit mit der Regierungsarbeit in Berlin bedeutet jedoch nicht, dass man überzeugt wäre, die Probleme ließen sich auf lokaler, Landes- oder europäischer Ebene besser lösen. Da nicht auszuschließen ist, dass auch die Unterstützung des politischen Systems unter dem eher schlechten allgemeinen Meinungsklima leidet, wird im Folgenden auch die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland und in Europa zu untersuchen sein.


3.1 Politische Stimmung

Betrachtet man zunächst die Ergebnisse zur Bundestagswahlabsicht, die mit der sogenannten Sonntagsfrage erhoben wurden, ergeben sich ungewohnte Werte. Diese sind aber weniger ein Hinweis auf einen politischen Stimmungsumschwung im Untersuchungszeitraum als vielmehr ein Ergebnis der Zusammensetzung der Stichprobe. Die Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen und der FDP sind in der Stichprobe stark überrepräsentiert, wogegen insbesondere die Unionsparteien einen Anteil aufweisen, der vor dem Hintergrund aktueller *repräsentativer* Umfragen als deutlich zu gering erscheint. Demgegenüber bewegen sich die Anteile für die SPD und PDS durchaus im Rahmen aktueller Umfrageergebnisse (Tabelle 3).

Die Besonderheit der Stichprobe lässt sich auch an dem sehr niedrigen Anteil von Nichtwählern (4%) erkennen, der zwar auch in den meisten repräsentativen Umfragen in der Regel unterschätzt wird, aber angesichts der Wahlbeteiligungsraten

bei den letzten Bundestagswahlen als extrem niedrig und somit unrealistisch zu beurteilen ist. Ein wichtiger Grund für diese Abweichungen liegt vermutlich in der für offene Online-Umfragen typischen Zusammensetzung der Stichprobe, die überdurchschnittlich viele Personen mit höheren Bildungsabschlüssen und großem politischen Interesse enthält.

Tabelle 3



Aktuelle Bundestagswahlabsicht und Rück Erinnerung Bundestagswahl 2002

Basis: alle Befragte – Prozentangaben

	Aktuelle Wahlabsicht BTW	Rück- erinnerung BTW 2002	Amtliches Endergebnis BTW 2002	Aktuelle Wahlabsicht nach Recall- Gewichtung*
CSU/CSU	25,4	24,3	38,5	39,6
SPD	20,6	32,9	38,5	26,2
B90/Die Grünen	27,0	21,9	8,6	13,7
FDP	15,7	14,0	7,4	9,1
PDS	5,5	3,9	4,0	5,6
andere Partei	5,8	3,0	3,0	5,8
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0
würde nicht wählen/ habe nicht gewählt/ war nicht wahlberechtigt	4,3	5,2	20,9	20,0

* Aktuelle Wahlabsicht BTW (gewichtet) = „aktuelle BTW Wahlabsicht“ + „Recall Gewicht“
Recall Gewicht = „Amtliches Endergebnis BTW 2002“ – „Rück Erinnerung BTW 2002“

Dennoch spiegelt die Struktur der Daten die aktuelle politische Realität ganz gut wider. Die aktuellen Wahlabsichten nach der Recall-Gewichtung zeigen, dass die Anteile der Wahlabsichten für die einzelnen Parteien in dieser Umfrage dem derzeit aus anderen Erhebungen bekannten Muster weitgehend entsprechen. Die CDU/CSU liegt mit fast 40 Prozent weit vorn, gefolgt von der SPD, die bei dieser Untersuchung ebenfalls nur rund 26 Prozent erhält. Dass Bündnis 90/Die Grünen von der Schwäche der SPD etwas profitieren und von der schlechten Bewertung der Regierungsarbeit in Berlin kaum betroffen sind, wird durch diese Umfrage gleichermaßen bestätigt. Schließlich entsprechen die prognostizierten Größenordnungen für die FDP, PDS und sonstige Parteien den Erwartungen.

3.2 Wichtigste Probleme: Arbeitslosigkeit und politische Inkompetenz

Die Frage nach den wichtigsten Problemen in Deutschland gibt einen Eindruck über die Sorgen und Ängste der Bevölkerung. Die Befragten wurden in einer offenen Frage gebeten, die zwei wichtigsten Probleme in Deutschland zu nennen. Die Arbeitslosigkeit wird dabei mit deutlichem Abstand am häufigsten als wichtigstes Problem in Deutschland genannt (Tabelle 4). Neben den arbeitsmarktpolitischen Fragen werden zunächst solche Aspekte besonders häufig problematisiert, die nicht bestimmten Politikfeldern zuzuordnen sind, sondern sich auf Werte, Strukturen und Prozesse in der Gesellschaft und im politischen System als solchem beziehen.

Auffällig ist hierbei insbesondere die Vielzahl der Nennungen, die sich auf politische Inkompetenz beziehen. Den über Jahre angewachsenen Reformstau empfinden viele als ein großes Problem. Die Tatsache, dass die rot-grüne Bundesregierung bei der Frage nach dem wichtigsten Problembereich in Deutschland zu einem nicht unerheblichen Anteil explizit als Problem wahrgenommen wird (über 3%), spricht zudem für die große Unzufriedenheit mit den Leistungen der aktuellen Bundesregierung. Der Anteil derjenigen, die allerdings die *generelle* Unfähigkeit der Politiker als Defizit bezeichnen, ist mit fünf Prozent noch höher und weist darauf hin, dass auch die Leistungen der Politiker anderer Parteien den Erwartungen vieler Wähler nicht entsprechen.

Tabelle 4

B A C E S hamburger Zentrum für Europäische Studien hamburg Center for European Studies		Wichtigste Probleme in Deutschland*	
Basis: alle Befragte – Prozentangaben, Mehrfachnennungen			
	Gesamt	davon	
Arbeitslosigkeit	44,7		
Politische Inkompetenz	13,6		
Reformstau		5,1	
Inkompetenz der Politiker		5,1	
Bundesregierung		3,4	
Werte und grundlegende Einstellungen	9,2		
Pessimismus, mangelnde Veränderungsbereitschaft		5,9	
Egoismus und Profitgier in Wirtschaft und Gesellschaft		3,3	
Soziale Sicherungssysteme	7,7		
Allgemein		4,1	
Rentensystem		2,4	
Gesundheitswesen		1,2	
Wirtschaft	7,2		
Schwache Konjunktur		5,6	
Hohe Preise		0,8	
Konsumzurückhaltung		0,8	
Finanzen	6,8		
Steuern und Steuersystem		4,2	
Staatsverschuldung		2,6	
Soziale Gerechtigkeit, Sozialabbau	5,1		
Bildungswesen	4,8		
Demographische Entwicklung	3,4		
Bürokratie und Regelungsflut	3,2		
Sonstige Nennungen	15,1		

* Offene Frage nach den zwei wichtigsten Problemen in Deutschland; Nennungen mit mehr als 3 Prozent

Fast jeder zehnte Befragte sieht auch in den Werten und den grundlegenden Einstellungen der Bevölkerung ein großes Problem. Die pessimistische Grundhaltung in der Bevölkerung (6%), die mangelnde Reformbereitschaft (5%) und nicht zuletzt der Egoismus und Profitgier in Wirtschaft und Gesellschaft (3%) werden als aktuelle Probleme und große Hemmnisse für eine positive Entwicklung begriffen.

Darüber hinaus werden auch spezifische sozial-, wirtschafts- und finanzpolitische Probleme als besonders dringlich empfunden werden. Eine hohe Sensibilität ist für die Unzulänglichkeiten der sozialen Sicherungssysteme allgemein wie auch für die damit verbundenen Reformnotwendigkeiten in der Gesundheits- und Rentenpolitik (8%) vorhanden. Zahlreiche Befragte empfinden auch die mangelnde soziale Gerechtigkeit und den zunehmenden Sozialabbau als großes Problem (5%).

Wirtschaftliche und finanzpolitische Fragen werden ebenfalls häufig als wichtige Probleme bezeichnet (jeweils 7%). Bei den wirtschaftlichen Problemen denken die Befragten vor allem an die schwache Konjunktur, viel weniger an hohe Preise und an das zurückhaltende Konsumverhalten der Bevölkerung. Als finanzpolitische Problembereiche werden in erster Linie die hohen Steuern und das komplizierte Steuersystem sowie die hohe Staatsverschuldung wahrgenommen.

Schließlich machen sich die Befragten auch Sorgen aufgrund der Mängel im Bildungswesen (5%), wegen der demographischen Entwicklung (3%) und der übermäßigen Bürokratie und Regelungsflut in Deutschland (3%). Unter den sonstigen Problemen (15%) tauchen die zu hohe Zuwanderung nach Deutschland und Fragen der Umweltpolitik auf.

3.3 Mangelnde Kompetenz der politischen Parteien

Auf die Nachfrage, welche Partei am ehesten geeignet wäre, die wichtigsten Probleme in Deutschland zu lösen, sehen über 28 Prozent der Befragten *keine* Partei als kompetent genug an. Somit herrscht bei einem beachtlichen Anteil der Befragten Resignation und Pessimismus. Die größte Problemlösungskompetenz wird noch der Union (22%) zugetraut, gefolgt von Bündnis90/Die Grünen und der SPD, die beide jeweils 15 Prozent erhalten. Schließlich sind auch 13 Prozent der Teilnehmer der Umfrage der Auffassung, die FDP sei die geeignetste Partei zur Lösung der wichtigsten Probleme. Bei diesen Angaben muss allerdings die Verteilung der Wahlabsichten bedacht werden. Da Parteianhänger ihre jeweilige Partei in der Regel als die kompetenteste bewerten, ist es nicht erstaunlich, dass Bündnis 90/Die Grünen und FDP aufgrund der Überrepräsentanz ihrer Anhänger in der Stichprobe unerwartet häufig als kompetent eingeschätzt werden.

Betrachtet man die von den Befragten abgegebene Einschätzung zur Problemlösungskompetenz der einzelnen Parteien getrennt für die als am dringlichsten empfundenen wirtschafts-, sozial- und arbeitsmarktpolitischen

Probleme, zeigt sich, dass es der Union besser gelingt, auch in der aktuellen Situation die ihr zugewiesene Wirtschaftskompetenz zu behaupten (keine Tabelle). Für die SPD sind die Kompetenzzuweisungen zur Lösung dieser Probleme hingegen nur durchschnittlich. Das heißt, die SPD kann auch auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik nicht punkten, auf der ihr traditionell größeres Vertrauen entgegengebracht wird als den anderen Parteien. Die Kompetenzen von Bündnis 90/Die Grünen für die genannten zentralen Probleme sind ebenfalls nicht stark ausgeprägt. Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Probleme der Wirtschaft sieht beispielsweise nur rund jeder Zehnte diese Partei als kompetent an, während über alle Themenbereiche 15 Prozent Bündnis 90/Die Grünen Lösungskompetenzen attestieren. Ihre Kompetenzen werden vermutlich eher in anderen Politikfeldern gesehen (z.B. Umweltschutz).

3.4 Präferenz für nationale Lösungen

Wenn in so deutlichem Ausmaß kein Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Parteien vorhanden ist, die Regierungsparteien abgestraft werden und auch die Oppositionsparteien auf vielen Feldern Kompetenzdefizite aufweisen, auf welcher Ebene sollen dann nach Meinung der Bevölkerung die wichtigen und dringlichen Probleme angegangen werden?

Tabelle 5

Auf welcher Ebene sollte man sich mit dem wichtigsten Problem befassen?		Bundestagswahlabsicht						
		Gesamt	CDU/ CSU	SPD	B90/ Grüne	FDP	PDS	Andere Partei
Auf lokaler Ebene	6	3	6	7	6	4	7	6
In den Bundesländern	9	11	8	7	11	7	11	9
Im Bund	66	77	63	59	72	56	65	71
In Europa	19	9	23	27	11	33	17	14

Gefragt nach der Meinung, auf welcher politischen Ebene (der lokalen Ebene, den Bundesländern, dem Bund oder Europa) das wichtigste Problem am besten zu lösen sei (Tabelle 5), sprechen sich zwei Drittel der Befragten für nationalstaatliche Lösungen aus. Trotz der Unzufriedenheit mit den nationalen Akteuren befürworten also nur kleine Minderheiten, dass die wichtigsten Probleme auf der europäischen Ebene (19%), in den Bundesländern (9%) oder auf der lokalen Ebene (5%) zu lösen seien.

In allen nach der Wahlabsicht der Befragten unterteilten Gruppen wird der Bund als die bevorzugte Arena zur Lösung der wichtigsten Probleme gesehen. Besonders ausgeprägt ist diese Ansicht unter den Sympathisanten der CDU/CSU und der FDP. Die Anhänger der Regierungsparteien und der PDS unterscheiden sich von den Anhängern dieser großen Oppositionsparteien vor allem dadurch, dass sie sich wesentlich häufiger für Lösungsvorschläge auf der europäischen Ebene und seltener für Lösungen in den Bundesländern aussprechen. Dies entspricht durchaus der Tendenz, insbesondere bei der SPD, großräumige Lösungen zu bevorzugen, oder dem in schwierigen Zeiten häufig beobachtbaren Versuch, die Verantwortung zur Lösung wichtiger Probleme auf die Europäische Union zu verschieben.

3.5 Aktuelle Krise oder generelles Demokratiedefizit?

Angesichts der aktuell schlechten Stimmung und den weit verbreiteten Zweifeln an der Lösungskompetenz der Parteien stellt sich auch die Frage, ob die Zufriedenheit mit der Demokratie hierzulande durch diese Entwicklungen beeinträchtigt wird. Zwar zeigen sich nach wie vor 60 Prozent der Befragten mit dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland „sehr zufrieden“ oder „ziemlich zufrieden“, doch rund jeder Dritte ist „eher unzufrieden“ und fast jeder Zehnte „überhaupt nicht zufrieden“ (Tabelle 6). Unter den Anhängern von Splitterparteien und Nichtwählern ist nur jeder fünfte Befragte mit der Demokratie in Deutschland zufrieden. Nur unwesentlich zufriedener zeigen sich die Nichtwähler und die Anhänger der PDS. Am häufigsten sind erwartungsgemäß die Anhänger der Regierungsparteien mit dem Funktionieren des politischen Systems in Deutschland zufrieden.

Mit der Umsetzung der demokratischen Prinzipien in der Europäischen Union sind deutlich weniger Befragte zufrieden (35%) als mit der Demokratie in Deutschland (60%). 48 Prozent sind mit der Demokratie in der EU „eher unzufrieden“ und weitere 17 Prozent sogar „überhaupt nicht zufrieden“. Die zwischen den Anhängern verschiedener Parteien berichteten Unterschiede hinsichtlich der Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland sind auch bei der Frage nach der Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU feststellbar. Unter den Anhängern der Regierungsparteien ist die Unzufriedenheit vergleichsweise schwächer ausgeprägt als bei den Anhängern von CDU/CSU und FDP. Die größte Unzufriedenheit ist bei den PDS-Sympathisanten sowie unter den Nichtwählern und Anhängern sonstiger Parteien zu beobachten. Allerdings dürfte die geringere Zufriedenheit mit der Demokratie in der

EU weniger eine Folge der schlechten Stimmung und Lage sein als vielmehr eine grundsätzliche Skepsis gegenüber der europäischen Bürokratie sowie der für viele Menschen schwer zu durchschauenden Verteilung von Kompetenzen und Entscheidungsgewalten in der EU.

Tabelle 6

		Bundestagswahlabsicht							
		Gesamt	CDU/ CSU	SPD	B90/ Grüne	FDP	PDS	Andere Partei	Nicht- wähler
Wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie in Deutschland?									
	sehr zufrieden	8	8	11	8	9	2	3	1
	ziemlich zufrieden	52	54	62	59	55	25	16	22
	eher unzufrieden	31	31	23	30	32	48	40	50
	überhaupt nicht zufrieden	9	7	4	3	4	25	41	27
Differenz		+20	+24	+46	+34	+28	-46	-62	-54
Wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie in der EU?									
	sehr zufrieden	2	3	3	2	2	1	-	1
	ziemlich zufrieden	33	33	42	36	32	18	14	14
	eher unzufrieden	48	48	46	53	50	48	32	43
	überhaupt nicht zufrieden	17	16	9	9	16	33	54	42
Differenz		-30	-28	-10	-24	-32	-62	-72	-70

Differenz = („sehr zufrieden“ + „ziemlich zufrieden“) – („eher unzufrieden“ + „überhaupt nicht zufrieden“)

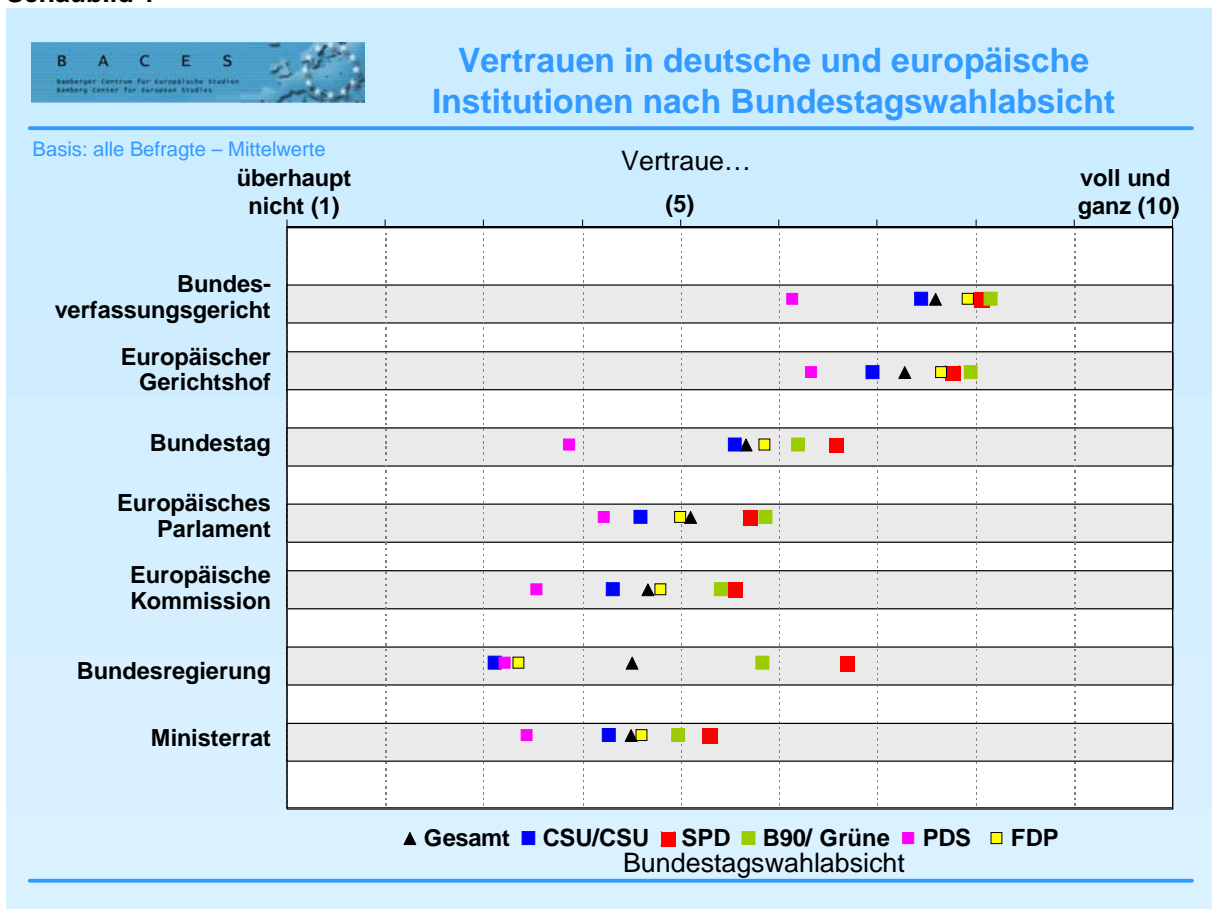
3.6 Mehr Vertrauen in nationale als in europäische Institutionen

Geht man einen Schritt weiter im Vergleich von nationaler und europäischer Ebene und hält sich nochmals die allgemeine Unzufriedenheit mit den Parteien und die damit verbundene mangelnde Kompetenzwahrnehmung in der Bevölkerung vor Augen, stellt sich die Frage, ob auch eine generelle Vertrauenskrise hinsichtlich der politischen Institutionen herrscht.

Die Befragten hatten die Möglichkeit, mit Hilfe einer Skala von 1 (überhaupt kein Vertrauen) bis 10 (volles Vertrauen) ihr Vertrauen in bundesdeutsche Institutionen (Bundesregierung, Bundestag, Bundesverfassungsgericht) und ihre entsprechenden europäischen Äquivalente (Europäische Kommission, Ministerrat, Europäisches Parlament, Europäischer Gerichtshof) zum Ausdruck zu bringen. In Schaubild 1 sind für jede Institution die jeweiligen Mittelwerte sowohl unter allen Befragten als auch bei den Wählern der einzelnen Parteien aufgeführt. Die Institutionen sind in absteigender Reihenfolge nach dem ihnen entgegengebrachten Vertrauen geordnet.

Vier Muster sind erkennbar: Erstens erhalten die Institutionen der Judikative, also das Bundesverfassungsgericht und der Europäische Gerichtshof, die höchsten Vertrauenswerte, gefolgt von den Legislativorganen Bundestag und Europäisches Parlament. Schlusslichter bilden die Institutionen der Exekutive, nämlich die Europäische Kommission, die Bundesregierung und der Ministerrat. Die schwachen Bewertungen des Ministerrates trotz seiner zentralen und gesetzgebenden Funktion in der EU dürften auch mit seinem geringen Bekanntheitsgrad in Verbindung stehen.

Schaubild 1



Zweitens zeigt sich, dass die nationalen Institutionen Bundesverfassungsgericht und Bundestag von den Befragten ein größeres Vertrauen zugesprochen bekommen als ihre europäischen Entsprechungen. Lediglich im exekutiven Bereich genießt die Europäische Kommission mehr Vertrauen als die Bundesregierung. Diese Verteilung dürfte aber an der derzeit besonders schlechten Bewertung der Bundesregierung durch Oppositionsanhänger liegen. Es ist also zu vermuten, dass auch im Bereich der Exekutive in der Regel die nationalen Institutionen besser bewertet werden als die europäischen.

Betrachtet man wiederum die Anhänger der einzelnen Parteien, dann kann man drittens festhalten, dass die Sympathisanten der Regierungsparteien SPD und

Bündnis90/Die Grünen allen Institutionen ein größeres Vertrauen aussprechen als die Gesamtheit der Befragten. Die Zufriedenheit unter den Anhängern der FDP entspricht oft dem Befragtendurchschnitt, während die Anhänger von CDU/CSU und insbesondere die der PDS deutlich weniger Vertrauen in die nationalen und europäischen Institutionen haben. Sie werden nur noch durch die Anhänger der nicht im Bundestag vertretenen Parteien und die Gruppe der Nichtwähler in ihrem Misstrauen übertroffen (im Schaubild nicht abgebildet).

Viertens sind die Bewertungsunterschiede zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien bei den nationalen Institutionen stets größer als bei den europäischen Institutionen. Für die größere Polarisierung beim Institutionenvertrauen auf nationaler Ebene ist der offenkundigere Kampf um die politische Macht verantwortlich. Besonders deutlich tritt das bei der Bewertung der Bundesregierung zu Tage. Der Bundesregierung vertrauen die Anhänger der SPD aber auch von Bündnis 90/Die Grünen deutlich mehr als die der Oppositionsparteien, die dieser Regierung unter allen untersuchten Institutionen einhellig am wenigsten vertrauen.

Insgesamt werden diese verschiedenen Institutionen also mittelmäßig bis positiv beurteilt, lediglich in Bezug auf die Exekutive sind Defizite zu erkennen. Nicht verwunderlich wirkt sich die Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Regierungshandeln insbesondere bei den Anhängern der Oppositionsparteien negativ auf das Vertrauen in die Bundesregierung aus.

4 Die Europäische Union im Meinungsbild

Die bisherigen Analysen zeigen, dass die Bevölkerung zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine eher verhaltene Position gegenüber den deutschen Parteien und der nationalen Politik einnimmt. Nun soll vor dem Hintergrund der aktuellen Wahl zum Europäischen Parlament die Beurteilung der Befragten zu europapolitischen Fragestellungen und Themenbereichen untersucht werden.

4.1 Großes Interesse an europäischen Themen

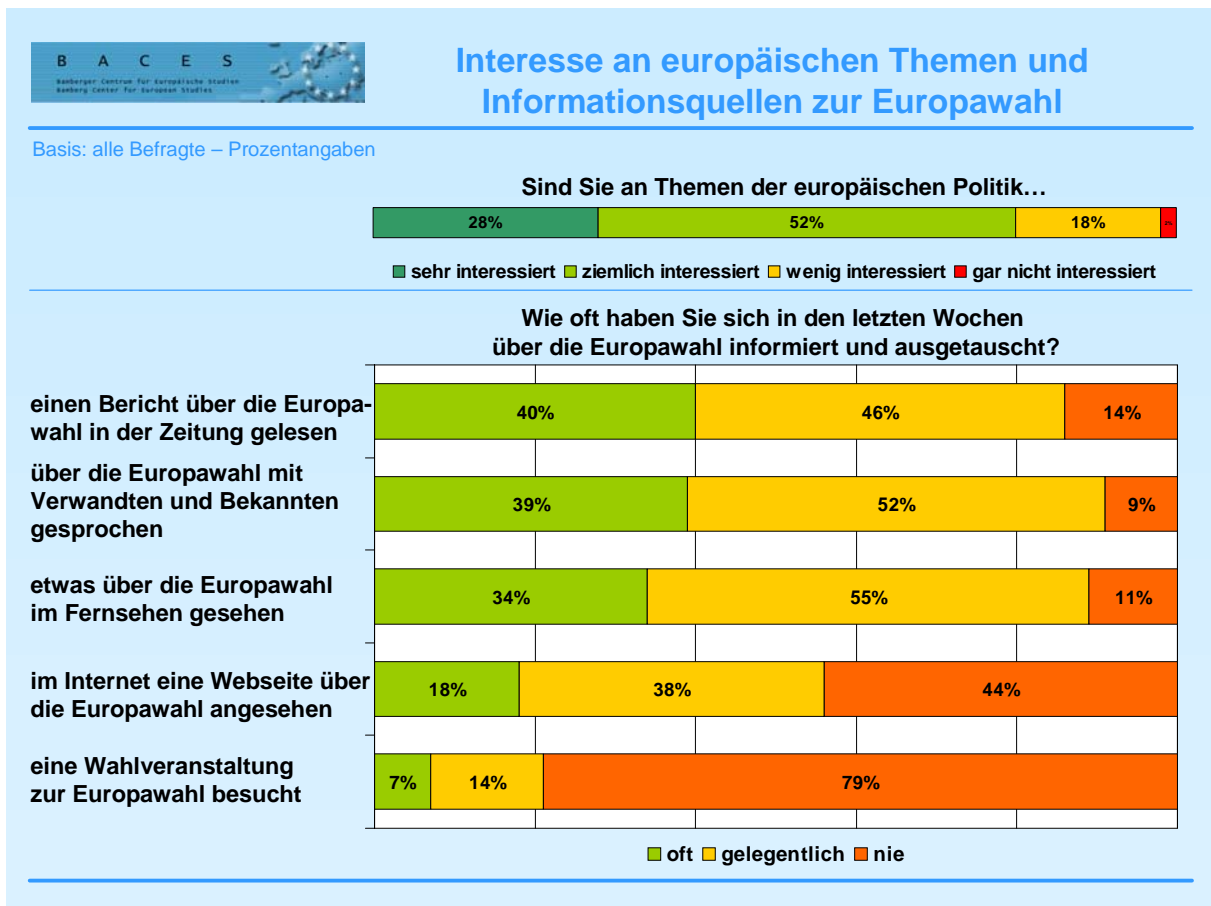
Die Teilnehmer an der Umfrage äußern großes Interesse an Themen der europäischen Politik. Immerhin 28 Prozent geben an, an europäischer Politik „sehr interessiert“ zu sein, und 52 Prozent äußern ein „ziemlich großes“ Interesse. Zusammengenommen zeigen sich somit über 80 Prozent der Befragten interessiert. Dem gegenüber stehen nur 18 Prozent mit „wenig“ und zwei Prozent der Befragten mit „gar keinem“ Interesse an der Europapolitik.

Wie schon bei einer Online-Umfrage des Lehrstuhls Politikwissenschaft II der Universität Bamberg zur Bundestagswahl 2002, in der sich 75 Prozent der Befragten

als „sehr“ bzw. „ziemlich politisch interessiert“ bezeichneten², gilt jedoch, dass sich auch die Teilnehmer der vorliegenden Befragung weitaus mehr für politische Themen interessieren als der Durchschnitt der Bevölkerung. Dies muss bei der Interpretation der folgenden Ergebnisse stets berücksichtigt werden (Schaubild 2).

Durch die vorliegenden Daten wird nicht nur das politische Interesse, sondern auch das Informationsverhalten der Bevölkerung im Vorfeld der Europawahl vermutlich stark überschätzt. Im Einzelnen wurden die Teilnehmer der Umfrage gefragt, wie häufig sie sich über die Europawahl im Fernsehen, in der Zeitung oder im Internet informierten, Wahlveranstaltungen der Parteien besuchten oder mit Verwandten und Bekannten über die Europawahl sprachen.

Schaubild 2



Die häufigste Informationsquelle im Vorfeld der Europawahl war nicht, wie man vom Durchschnittsbürger erwarten könnte, die Information über das Fernsehen, sondern das Lesen entsprechender Zeitungsartikel sowie das Gespräch über die Wahl mit Verwandten oder Bekannten. Während „nur“ 34 Prozent sich über die Europawahl über das Fernsehen „oft“ informierten, gaben rund 40 Prozent an, aus Zeitungen und

² Thorsten Faas: "www.wahlumfrage2002.de - Ergebnisse und Analysen", Bamberger Beiträge zur Politikwissenschaft: Forschungsschwerpunkt Politische Einstellungen und Verhalten, Nr. II-11, 2003, S. 19, <http://www.uni-bamberg.de/sowi/politik/bbp/bbp-II.html>

im Gespräch „oft“ Informationen über die Europawahl erhalten oder ausgetauscht zu haben. Da gerade die letztgenannten Aktivitäten bevorzugt von politisch interessierten und versierten Personen ausgeübt werden, deutet dieser Befund auf die Besonderheit der Stichprobe hin. Aufgrund des überdurchschnittlich starken politischen Interesses der Befragten überrascht es auch nicht, dass immerhin 18 Prozent angeben, „oft“ Webseiten im Internet über die Europawahl angesehen oder sieben Prozent wiederholt Wahlveranstaltungen zur Europawahl besucht zu haben.

4.2 Wahlabsicht bei der Europawahl 2004

Auf die Frage nach der Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung bei der Europawahl am 13. Juni 2004 antworteten 83 Prozent der Teilnehmer, dass sie „bestimmt“ zur Wahl gehen würden, acht Prozent wollten sich „wahrscheinlich“ an der Wahl beteiligen, vier Prozent „wahrscheinlich nicht“, und fünf Prozent gaben an, sich „bestimmt nicht“ an der Europawahl beteiligen zu wollen (Tabelle 7, oberer Teil). Stellt man dies der tatsächlichen Wahlbeteiligung von 43 Prozent gegenüber, zeigt sich ein enormes „over reporting“, das nicht allein dadurch erklärt werden kann, dass die Wahlbeteiligungsabsicht auch in repräsentativen Umfragen meist überschätzt wird. Vielmehr wirkt sich hier das eben beschriebene überdurchschnittliche Interesse der Befragten auf die politische Beteiligungsbereitschaft aus.

Tabelle 7

		Bundestagswahlabsicht						
		Gesamt	CDU/ CSU	SPD	B90/ Grüne	FDP	PDS	Andere Partei
Wie wahrscheinlich ist es, dass Sie am 13. Juni zur Wahl gehen?	bestimmt	83	84	89	90	87	83	74
	wahrscheinlich	8	10	6	7	6	8	15
	wahrscheinlich nicht	4	3	2	1	3	6	7
	bestimmt nicht	5	3	3	2	4	3	4
		Wahlabsicht Europawahl			Amtliches Endergebnis			
CSU/CSU		23,1			44,5			
SPD		19,1			21,5			
B90/Die Grünen		29,5			11,9			
FDP		15,9			6,1			
PDS		5,9			6,1			
andere Partei		6,5			9,9			

Wie sieht nun das konkrete Wahlverhalten der Teilnehmer an der Online-Umfrage bei der Europawahl 2004 aus? Ein Vergleich der von den Befragten geäußerten Wahlabsicht mit dem tatsächlichen amtlichen Endergebnis der Europawahl gibt einen Hinweis auf die besonderen Präferenzen der teilnehmenden Internet-Nutzer gegenüber dem Wahlverhalten der Gesamtheit der Wahlberechtigten (Tabelle 7, unterer Teil). Während die aus der Umfrage resultierenden Anteile von SPD und PDS vergleichsweise nahe an dem tatsächlichen Wahlergebnis liegen, sieht dies bei den restlichen Parteien ganz anders aus. Nur 23,1 Prozent der Befragten geben an, bei der Europawahl die CDU/CSU wählen zu wollen, was gegenüber dem tatsächlichen Ergebnis von 44,5 Prozent für die Union eine starke Unterschätzung darstellt. Im Gegenzug dazu äußern 29,5 Prozent der Teilnehmer eine Wahlabsicht zugunsten von Bündnis90/Die Grünen (Wahlergebnis: 11,9 Prozent) und nahezu 16 Prozent zugunsten der FDP (Wahlergebnis: 6,1 Prozent). In beiden Fällen wird dabei der Anteil der Wähler dieser beiden Parteien stark überschätzt. Die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Befragten (jünger und höher gebildet als der Durchschnitt der Bevölkerung) dürfte einen Teil dieser starken Abweichungen erklären.

4.3 Verbundenheit mit Europa oder mit der Europäischen Union

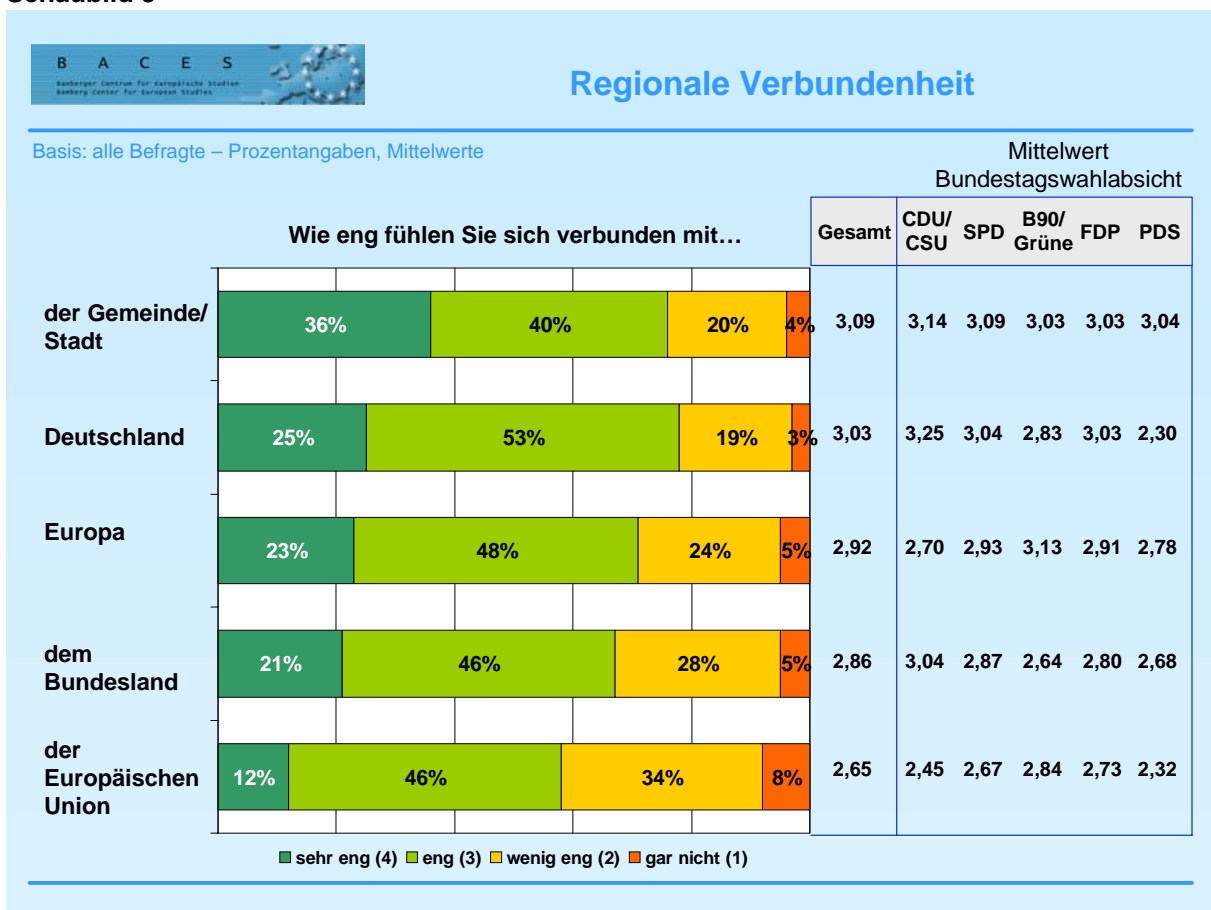
Menschen neigen dazu, sich mit ihrer unmittelbaren Umgebung stärker verbunden zu fühlen als mit großen politischen Einheiten. Dennoch schließt ein Gefühl der Verbundenheit mit der Gegend und der näheren Region nicht aus, sich gleichzeitig auch mit der Nation oder gar Europa verbunden zu fühlen. Die Frage nach der Verbundenheit mit unterschiedlichen (politischen) Bezugsebenen macht deutlich, dass die Mehrheit der Befragten sich jeweils mindestens eng mit der Gemeinde, dem Bundesland, Deutschland und sogar mit Europa und der Europäischen Union identifiziert (Schaubild 3).

Das stärkste Verbundenheitsgefühl wird gegenüber der eigenen Gemeinde empfunden: 76 Prozent aller Befragten sehen sich mit ihr „eng“ oder „sehr eng“ verbunden, darunter 36 Prozent „sehr eng“. In Bezug auf Deutschland bekunden sogar 78 Prozent eine enge Verbundenheit, allerdings fühlt sich nur jeder Vierte „sehr eng“ mit Deutschland verbunden. Bemerkenswerterweise drücken auch 71 Prozent aller Befragten ein „sehr enges“ oder „enges“ Zugehörigkeitsgefühl zu Europa aus. Somit sind bei den Befragten die „enge“ oder „sehr enge“ Verbundenheitsgefühle mit Europa häufiger vertreten als mit dem Bundesland (67%) und vor allem als mit der Europäischen Union, mit der sich nur 58 Prozent der Befragten mindestens eng verbunden fühlen.

Unterscheidet man nach den Wählern der verschiedenen Parteien, dann können bedeutende Schwankungen festgestellt werden (Schaubild 3). So fühlen sich die Anhänger der CDU/CSU überdurchschnittlich eng mit ihrer Gemeinde, ihrem Bundesland und mit Deutschland verbunden, während sie sich weniger mit Europa und der Europäischen Union verbunden fühlen. Die Anhänger der SPD sind

hinsichtlich ihrer Verbundenheit mit den Regionen vom Durchschnitt der Befragten kaum zu unterscheiden. Demgegenüber hegen die Anhänger von Grünen/Bündnis 90 für Europa und für die Europäische Union überdurchschnittliche Verbundenheitsgefühle, während sie sich insbesondere mit Deutschland und dem Bundesland weniger verbunden fühlen. Die Mit der Europäischen Union fühlen sich die FDP-Anhänger ebenfalls überdurchschnittlich eng verbunden. Durchwegs deutlich unterdurchschnittliche Verbundenheitsgefühle besitzen die Anhänger der PDS (insbesondere bezogen auf Deutschland und die Europäische Union). Ähnliche Verbundenheitsgefühle hegen die Nichtwähler und für alle politischen Ebenen (keine Grafik). Die Wähler sonstiger Parteien, unter denen Rechtsparteien vertreten sein dürften, weisen lediglich gegenüber Deutschland relativ hohe Verbundenheitswerte auf und fühlen sich darüber hinaus nur schwach mit der Europäischen Union verbunden.

Schaubild 3



4.4 Starke Befürwortung der Mitgliedschaft Deutschlands in der EU

Aus unserer Umfrage geht hervor, dass die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union bei vielen Befragten auf große Zustimmung stößt. Allgemein bewerten 84 Prozent der Befragten die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union als „eine gute Sache“, zehn Prozent sehen diese Mitgliedschaft als „weder gut noch schlecht“ an. Nur sechs Prozent stehen der Mitgliedschaft

Deutschlands in der EU negativ gegenüber (Tabelle 8). Unterscheidet man hierbei nach Wahlabsicht der Befragten im Falle einer bevorstehenden Bundestagswahl, lässt sich feststellen, dass die positive Sicht der Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union bei den Wählern aller etablierter Parteien deutlich ausgeprägt ist. Überdurchschnittlich positiv bewerten Wähler der SPD, von Bündnis90/Die Grünen und der FDP die deutsche EU-Mitgliedschaft. Eine Ablehnung der Mitgliedschaft Deutschlands in der EU in nennenswerter Größenordnung ist nur bei den Anhängern sonstiger Parteien und bei der Gruppe der Nichtwähler zu finden: Hier halten 35 bzw. 15 Prozent die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union für eine „schlechte Sache“.

Tabelle 8

		Bundestagswahlabsicht							
		Gesamt	CDU/ CSU	SPD	B90/ Grüne	FDP	PDS	Andere Partei	Nicht- wähler
Mitgliedschaft Deutschlands in der EU ist	eine gute Sache	84	82	92	95	91	79	40	48
	weder gut noch schlecht	10	12	6	4	7	15	25	37
	eine schlechte Sache	6	6	2	1	2	6	35	15
	Differenz¹	+78	+76	+90	+94	+89	+73	+5	+33
Vertrauen, dass EU- Entscheidungen i.d.R. im Interesse Deutschlands sein werden	sehr großes Vertrauen	4	2	5	7	5	2	1	1
	ziemlich großes Vertrauen	50	37	63	69	45	43	15	16
	kein großes Vertrauen	39	52	30	23	43	48	45	56
	überhaupt kein Vertrauen	7	9	2	1	7	7	39	27
	Differenz²	+8	-22	+36	+52	±0	-10	-68	-66

Differenz¹ = „eine gute Sache“ – „eine schlechte Sache“
Differenz² = („sehr großes Vertrauen“ + „ziemlich großes Vertrauen“) – („kein großes Vertrauen“ + „überhaupt kein Vertrauen“)

Diese hohen Zustimmungsraten zur Mitgliedschaft Deutschlands in der EU könnten im Vertrauen begründet sein, dass die EU-Entscheidungen in der Regel auch im Interesse Deutschlands sein werden. In der Tat hat die Mehrheit der Befragten „sehr großes“ oder „ziemlich großes“ Vertrauen, dass Entscheidungen, die auf europäischer Ebene getroffen werden, den nationalen Interessen entsprechen. 39 Prozent der Befragten gaben allerdings an, in dieser Frage „kein großes Vertrauen“ in die EU zu besitzen, und sieben Prozent der Befragten äußerten sogar, „überhaupt kein Vertrauen“ zu haben (siehe Tabelle 8). Somit wird die Zustimmung zur Mitgliedschaft Deutschlands in der EU offenkundig auch von Befragten getragen, die

„kein großes“ oder „überhaupt kein“ Vertrauen haben, dass die Europäische Union Entscheidungen in der Regel im Interesse Deutschlands trifft.

Erneut zeigt eine Aufteilung der Befragten entsprechend ihrer Wahlabsicht, dass die Anhänger von Splitterparteien und die Nichtwähler gegenüber der EU skeptischer eingestellt sind als die Anhänger der im Bundestag vertretenen Parteien. Nur 16 Prozent der Wähler anderer Parteien bzw. 17 Prozent der Nichtwähler äußern ein „sehr großes“ oder „ziemlich großes“ Vertrauen in die Entscheidungen der EU. Im Vergleich dazu drücken etwa 76 Prozent der Anhänger von Grünen/Bündnis 90, 68 Prozent der SPD-Anhänger und immerhin noch jeder zweite Anhänger der FDP „sehr großes“ oder „ziemlich großes“ Vertrauen aus. Sympathisanten von CDU/CSU und PDS äußern sich dagegen skeptischer: Nur 39 Prozent der Unionswähler und 45 Prozent der PDS-Wähler besitzen „sehr großes“ oder „ziemlich großes“ Vertrauen in die im Interesse Deutschlands getroffenen EU-Entscheidungen.

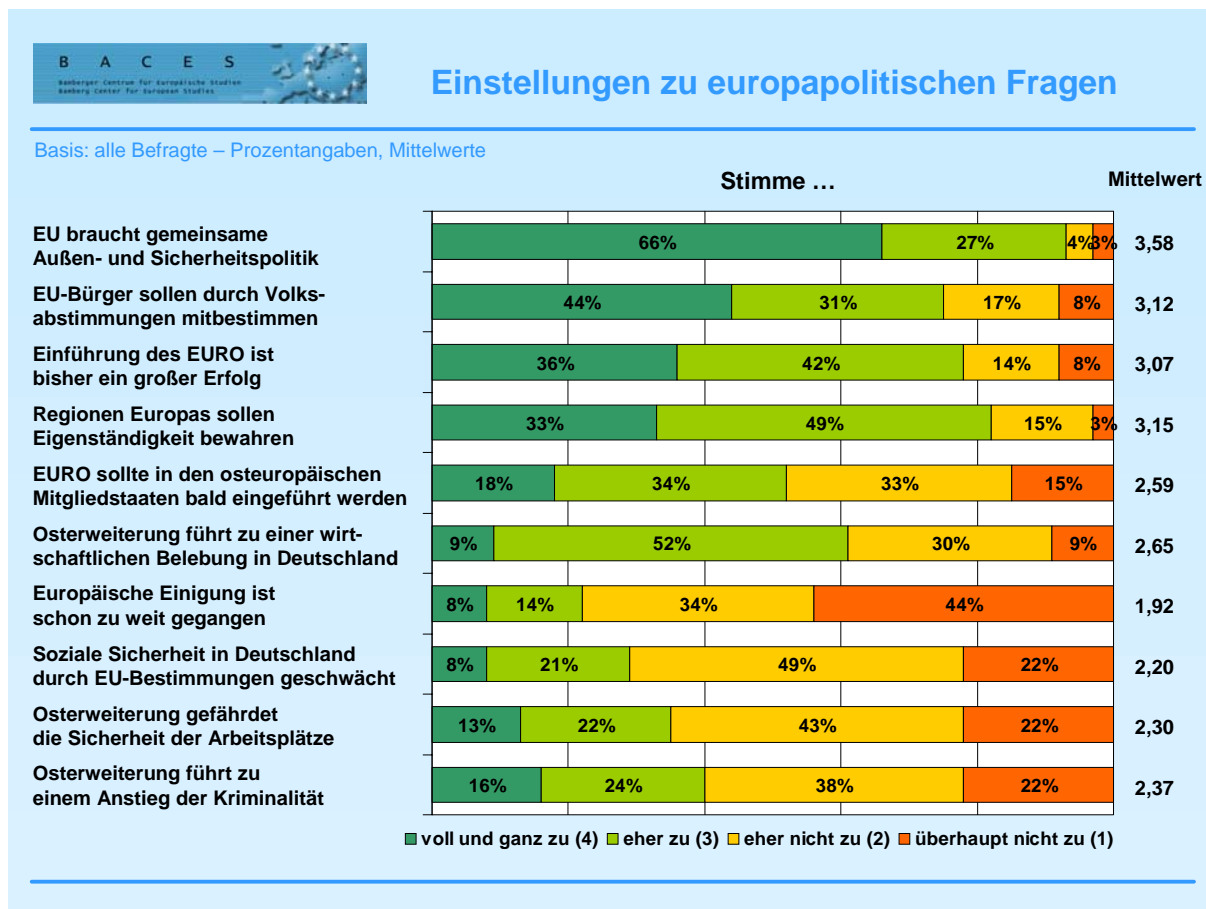
4.5 Was Europa bewegt: Einstellungen zu europapolitischen Fragen

In Bezug auf die generellen Einstellungen der Bevölkerung gegenüber der Europäischen Union lässt sich bisher eine durchweg positive Grundhaltung erkennen. Doch wie gestaltet sich das Meinungsbild in der Bevölkerung in Bezug auf spezifische Fragen der europäischen Politik? In der Umfrage wurden den Befragten zehn Aussagen zu aktuellen Fragen der europäischen Politik vorgelegt, zu der sie ihre Zustimmung oder Ablehnung äußern sollten (Schaubild 4).

Insgesamt ergibt sich ein differenziertes Einstellungsbild. Grundsätzlich herrscht eine europafreundliche Stimmung unter den Befragten, denn nur rund jeder Fünfte denkt, dass die Europäische Einigung schon zu weit gegangen ist, während fast jeder Zweite dieser Aussage „überhaupt nicht“ zustimmt. Gleichzeitig ist allerdings eine große Mehrheit (82%) auch der Meinung, dass die Regionen Europas ihre Eigenständigkeit bewahren sollten. Die Befragten begrüßen also mehrheitlich die Europäische Integration, sie möchten aber auch die Eigenarten der einzelnen Regionen erhalten wissen. Das setzt auch einen gewissen Grad an bleibender Selbstverwaltung voraus. Zudem wünschen sich drei Viertel die Möglichkeit, wichtige Entscheidungen auf europäischer Ebene durch Volksabstimmungen beeinflussen zu können.

Fast einhellige Zustimmung findet die Aussage, dass die EU eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik braucht. Zwei von drei Befragten stimmen dieser Aussage sogar „voll und ganz“ zu. Dieser hohe Zustimmungswert ist angesichts der Kontroversen zwischen den europäischen Staaten im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg und der veränderten Sicherheitslage nach dem 11. September 2001 durchaus verständlich. Er sollte aber nicht als ein für die Befragten ganz dringlicher Wunsch gedeutet werden.

Schaubild 4



Die Einführung des EURO begrüßen allerdings 78 Prozent der Befragten, denn sie stimmen der Aussage zu, dass seine Einführung bisher ein großer Erfolg sei. Weniger sicher sind sie allerdings im Hinblick auf eine mögliche baldige Einführung des EURO in den neuen osteuropäischen Mitgliedstaaten. Dieser Idee stimmen nur 18 Prozent „voll und ganz“ und weitere 34 Prozent „eher“ zu.

Die Befragten erwarten von der EU und von der kürzlich erfolgten Erweiterung der Union um zehn Länder nicht nur Gutes, wobei sich die Ängste und Sorgen aber auch in Grenzen halten. Nur eine kleine Minderheit von acht Prozent stimmt der Aussage „voll und ganz“ zu, dass die soziale Sicherheit durch EU-Bestimmungen geschwächt wird, während über 70 Prozent diese Aussage mehr oder weniger stark ablehnen. Etwas häufiger sind Befürchtungen, wenn es um die Folgen der Osterweiterung geht. Eine Gefährdung der Sicherheit der Arbeitsplätze sieht jeder vierte Befragte, und 40 Prozent erwarten einen Anstieg der Kriminalität hierzulande nach der Osterweiterung. Zwar glaubt auch nur etwa jeder Zehnte fest daran, dass die Osterweiterung zu einer wirtschaftlichen Belebung in Deutschland führen wird, doch 52 Prozent erwarten zumindest *eher* positive Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft.

5 Zusammenfassung

Bei der Darstellung der politischen Einstellungen der Befragten wurde zunächst der Fokus auf die aktuelle nationale Stimmungslage gelegt. Diese ist derzeit geprägt durch einen beachtlichen Pessimismus hinsichtlich der zukünftigen Entwicklungen in Deutschland, wobei allerdings den negativen Bewertungen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage positive Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland gegenüberstehen.

Zu den wichtigsten Aufgaben in Deutschland wird von den Befragten erwartungsgemäß am häufigsten die Bekämpfung der seit Jahren sehr hohen Arbeitslosigkeit gezählt. Daneben werden aber auch die Unfähigkeit der Politiker und der Pessimismus sowie die mangelnde Veränderungsbereitschaft in der Bevölkerung als wichtige Probleme angesehen. Die wahrgenommene Kompetenz der politischen Parteien zur Lösung der konkreten sozialen und wirtschaftlichen Probleme ist sehr begrenzt. Insbesondere den Regierungsparteien in Berlin wird wenig zugetraut. Dennoch befürworten die Befragten mehrheitlich nationale Lösungskonzepte für die anstehenden Probleme und möchten keine Verlagerung der politischen Entscheidungen auf die Ebene der Bundesländer oder auf die europäische Ebene.

Die gedämpfte nationale Stimmungslage schlägt sich im Meinungsbild gegenüber der Europäischen Union kaum nieder. Vielmehr lässt sich von einer überwiegend europafreundlichen Grundhaltung sprechen. Die Befragten sind an europapolitischen Fragen interessiert, sie stehen dem Integrationsprozess aufgeschlossen gegenüber und wollen daran weiterhin festhalten. Dies zeigt sich insbesondere in der positiven Beurteilung der Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union und im relativ hohen Vertrauen in die Entscheidungen derselben. Auch die kürzlich erfolgte Osterweiterung führt nur bei einer Minderheit zu Befürchtungen. Von der Mehrheit wird weder eine Erhöhung der Kriminalität noch eine starke Beeinträchtigung der Arbeitsplatzsicherheit in Folge der EU-Erweiterung erwartet. Allerdings verspricht sich die Mehrheit von der Osterweiterung der EU auch keine starke wirtschaftliche Belebung in Deutschland, und viele Befragte sind nach wie vor unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU.

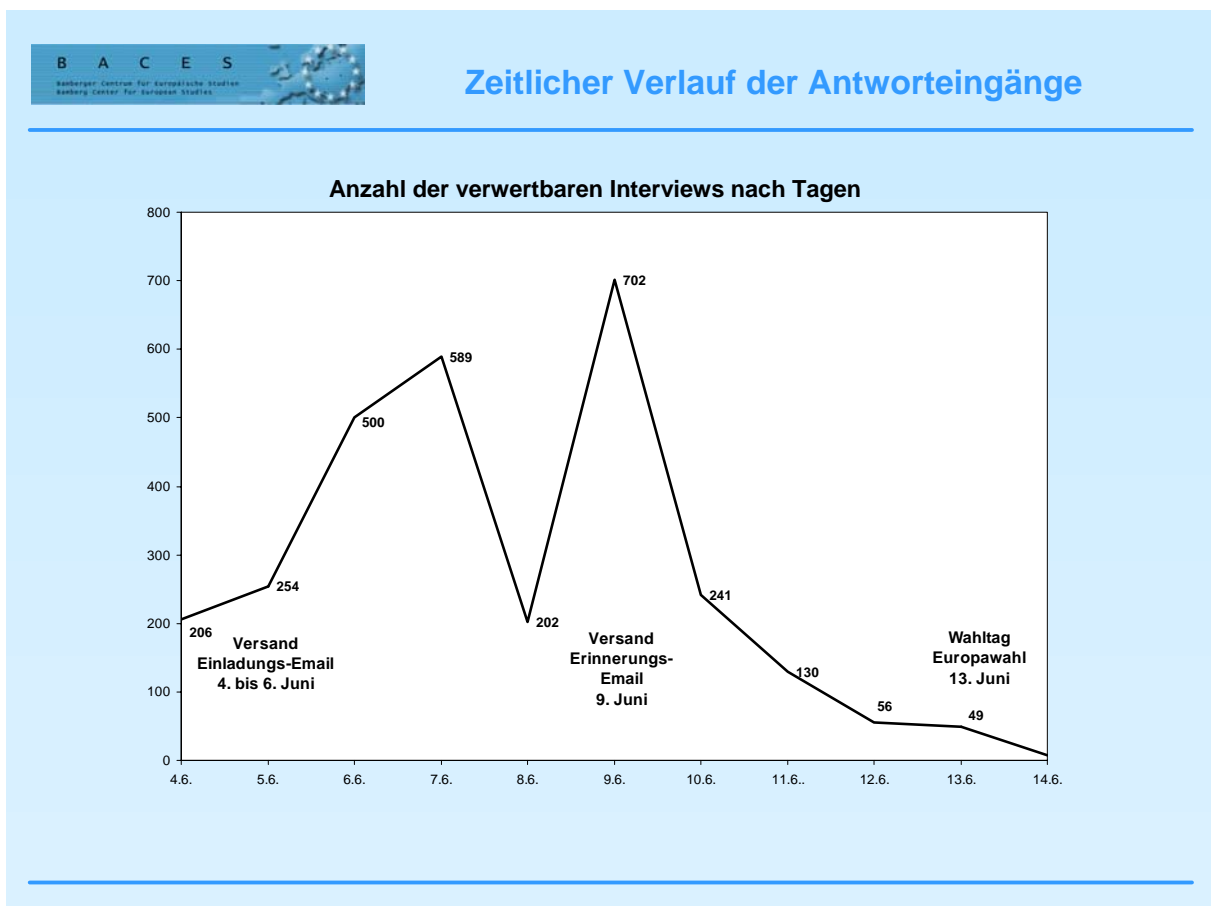
Abschließend muss noch einmal betont werden, dass angesichts der Studienanlage als offene Online-Umfrage die Teilnehmer nicht als repräsentativ für die Gesamtbevölkerung angesehen werden können. Die befragten Internet-Nutzer sind im Schnitt jünger und höher gebildet als der Rest der Bevölkerung. Darüber hinaus sind Männer deutlich überrepräsentiert. Die Ergebnisse der vorliegenden Umfrage dürfen deshalb nicht unreflektiert auf die Ebene der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik übertragen werden.

6 Anhang

6.1 Feldbericht

Die diesem Bericht zugrundeliegende Online-Befragung wurde vollständig mittels Hardware und Software der Survey Research Unit des Bamberg Center for European Studies (BACES-SRU) durchgeführt. Insgesamt kontaktierten 3.411 der per Email auf die Umfrage aufmerksam gemachten Internet-Nutzer die Webseite der Online-Umfrage zur Europawahl 2004. Von diesen nahmen 2.936 die Möglichkeit wahr, tatsächlich an der Umfrage teilzunehmen. Der Verlauf der Eingänge ist in Schaubild 5 dargestellt. Nach einer zunächst zögerlichen Beteiligung wurde zwischen dem 6. und 7. Juni ein erstes Hoch in der Teilnehmerzahl erreicht. Dieser Rücklauf stellt eine erste beeindruckende Reaktion auf die zwischen dem 4. und 6. Juni versandten Email-Einladungen und der damit verknüpften Möglichkeit dar, die Umfrage in einer Art „Schneeballsystem“ weiterzuempfehlen. Am 8. Juni gingen die Teilnehmerzahlen kurzzeitig stark zurück. Mit der Versendung einer Erinnerungs-Email, in der nochmals auf die Umfrage hingewiesen wurde, erreichte die Teilnahme dann am 9. Juni mit 702 verwertbaren Interviews ihren Höhepunkt. Bis zum tatsächlichen Wahltermin am 13. Juni liefen die Teilnehmerzahlen schließlich langsam aus. Im Mittel wurden über den Befragungszeitraum von 10 Tagen etwa 267 Interviews pro Tag gezählt.


Schaubild 5



6.2 Sozialstrukturelle Zusammensetzung und regionale Verteilung

Schließlich soll noch ein Blick auf die Verteilung einiger sozialstruktureller Merkmale unter den Teilnehmern der vorliegenden Online-Umfrage geworfen werden. Den entsprechenden Werten werden ergänzend die Verteilungen in der Gesamtbevölkerung gegenübergestellt, um etwaige Verzerrungen aufgrund der Stichprobenstruktur besser einschätzen zu können (Tabelle 9-1). Zur Ergänzung werden, soweit verfügbar, zudem auch Ergebnisse einer weiteren eigenen Online-Umfrage zur Bundestagswahl 2002 mit angegeben. Diese Befragung stellte ebenfalls eine offene Online-Umfrage dar, die im Vorfeld der Bundestagswahl 2002 zwischen dem 20. August und dem 22. September 2002 unter Internet-Nutzern durchgeführt wurde.³

Tabelle 9-1

		<h3 style="text-align: right;">Sozialstrukturelle Zusammensetzung I</h3>		
Prozentangaben	Online-Umfrage 2004 „Europawahl 2004“	Online-Umfrage 2002 „Bundestagswahl 2002“**	Gesamt- bevölkerung**	
Geschlecht				
Männer	77,2	77,9	48,0	
Frauen	22,8	22,1	52,0	
Alter				
15-24 Jahre	23,6	30,3	10,0	
25-34 Jahre	34,9	33,7	15,0	
35-44 Jahre	19,4	18,6	19,0	
45-59 Jahre	15,7	13,2	25,0	
60+ Jahre	6,4	4,2	31,0	
Bildungsabschluss***				
Niedrig	2,8	5,5	51,0	
Mittel	12,6	18,2	28,0	
Hoch	84,6	76,3	21,0	
Berufstätigkeit				
Voll-/Teilzeit	59,5	-	46,0	
In Ausbildung	31,3	-	18,0	
Hausfrau/-mann	1,1	-	6,0	
Rentner/Pensionär	4,5	-	24,0	
Arbeitslos	3,6	-	6,0	
Familienstand				
Ledig	61,4	-	41,0	
Verheiratet	32,2	-	46,0	
Geschieden	6,4	-	6,0	
Verwitwet	0,0	-	7,0	


* www.wahlumfrage2002.de, N=29.583; Angaben für Berufstätigkeit und Familienstand nicht verfügbar
 ** Angaben der amtlichen Statistik
 *** Niedrig: „Hauptschule mit/ohne Abschluss“; Mittel: „Mittlere Reife“; Hoch: „Abitur, Hochschulabschluss“

Über 77 Prozent der Teilnehmer an der Online-Umfrage zur Europawahl 2004 waren Männer. Gegenüber der Gesamtbevölkerung mit 48 Prozent stellt dies eine sehr starke Verzerrung dar, die jedoch nicht allein auf die stärkere Nutzung des Internet durch Männer zurückzuführen sein dürfte.

³ Thorsten Faas: "www.wahlumfrage2002.de - Ergebnisse und Analysen", Bamberger Beiträge zur Politikwissenschaft: Forschungsschwerpunkt Politische Einstellungen und Verhalten, Nr. II-11, 2003, <http://www.uni-bamberg.de/sowi/politik/bbp/bbp-II.html>

Hinsichtlich der Altersverteilung der Befragten muss auf die Überrepräsentation der unter 35-jährigen und die entsprechende Unterrepräsentation älterer Personen hingewiesen werden. Während in der Gesamtbevölkerung rund 25 Prozent jünger als 35 Jahre sind, sind dies in der Online-Umfrage 2004 über 58 Prozent. Demgegenüber sind nur rund sechs Prozent der Teilnehmer an der Umfrage älter als 60 Jahre, während diese Altersgruppe in der Gesamtbevölkerung einen Anteil von über 30 Prozent stellt.

Tabelle 9-2

			
Sozialstrukturelle Zusammensetzung II			
Prozentangaben			
	Online-Umfrage 2004 „Europawahl 2004“	Online-Umfrage 2002 „Bundestagswahl 2002“*	Gesamtbevölkerung**
Haushaltsgröße			
1 Person	25,1	24,1	37,0
2 Personen	32,7	28,9	34,0
3 Personen	19,1	19,5	14,0
4 Personen	16,0	18,6	11,0
5 Personen u. mehr	7,1	8,9	4,0
Konfession			
Römisch-katholisch	27,4	30,0	32,0
Evangelisch	33,3	33,0	32,0
Andere	2,7	2,4	7,0
Keine	36,5	34,5	29,0
Kirchgangshäufigkeit			
Mehrmals pro Woche	1,4	1,0	-
Einmal pro Woche	8,6	3,3	-
Einmal pro Monat	19,6	5,1	-
Mind. einmal pro Jahr	34,0	40,8	-
Seltener	15,6	20,9	-
Nie	20,8	28,7	-

* www.wahlumfrage2002.de, N=29.583
 ** Angaben der amtlichen Statistik; Angaben zur Kirchgangshäufigkeit nicht verfügbar

Bei den Teilnehmern an der vorliegenden Umfrage handelt es sich zudem in der Regel um Personen mit einem hohen Bildungsabschluss. Über 84 Prozent der Befragten besitzen Abitur, während der Anteil dieser Gruppe in der Gesamtbevölkerung bei nur knapp über 20 Prozent liegt.

Der Anteil der Ledigen (61 Prozent) liegt in der Stichprobe 20 Prozentpunkte über dem entsprechenden Anteil in der Gesamtbevölkerung, derjenige der Verheirateten (32 Prozent) 14 Prozentpunkte darunter.

Die Verteilung der Befragten nach ihrer Konfessionszugehörigkeit entspricht weitgehend den Verhältnissen in der Gesamtbevölkerung; lediglich der Anteil der Personen ohne Konfession liegt mit rund 36 Prozent etwas höher als in der Grundgesamtheit.

Im Gegensatz zu den klar erkennbaren Verzerrungen in der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Befragten zeigt ein Blick auf ihre Herkunft nach Bundesländern eine im Wesentlichen repräsentative Verteilung (Tabelle 10). Lediglich Teilnehmer aus dem Bundesland Berlin sind in der Umfrage deutlich überrepräsentiert. Während die Berliner bezogen auf die Gesamtbevölkerung einen Anteil von 4,1 Prozent der Bundesbürger stellen, sind es unter den Befragten ganze 8,6 Prozent. Leicht überrepräsentiert sind daneben auch Befragte aus Bayern und Hessen. Die fünf ostdeutschen Bundesländer sind in der Umfrage allesamt schwächer vertreten als dies zu erwarten wäre: In der Gesamtbevölkerung stellen die Ostdeutschen (ohne Berlin) einen Anteil von 16,5 Prozent, in der Umfrage jedoch nur einen Anteil von 11,8 Prozent. Insgesamt kann jedoch hinsichtlich der Herkunft aus den Bundesländern für die Online-Umfrage zur Europawahl 2004 von einer recht guten regionalen Repräsentativität gesprochen werden.

Tabelle 10

B A C E S Bamberger Zentrum für Europäische Studien Bamberg Center for European Studies		Regionale Verteilung		
Prozentangaben				
Bundesland	Online-Umfrage 2004 „Europawahl 2004“	Gesamt- bevölkerung	Differenz*	
Baden-Württemberg	11,8	12,9	-1,1	
Bayern	18,1	15,0	+3,1	
Berlin	8,6	4,1	+4,5	
Brandenburg	2,1	3,1	-1,0	
Bremen	1,1	0,8	+0,3	
Hamburg	2,6	2,1	+0,5	
Hessen	9,0	7,4	+1,6	
Mecklenburg-Vorpommern	1,3	2,1	-0,8	
Niedersachsen	7,4	9,7	-2,3	
Nordrhein-Westfalen	21,3	21,9	-0,6	
Rheinland-Pfalz	5,3	4,9	+0,4	
Saarland	0,8	1,3	-0,5	
Sachsen	3,4	5,3	-1,9	
Sachsen-Anhalt	2,8	3,1	-0,3	
Schleswig-Holstein	2,1	3,4	-1,3	
Thüringen	2,2	2,9	-0,7	

* Differenz = „Online-Umfrage 2004“ – „Gesamtbevölkerung“

The Authors:

Charlotte Kellermann

Project Researcher
Otto-Friedrich Universität Bamberg
Feldkirchenstraße 21
D-96045 Bamberg
Tel.: ++49 951 863-2736
E-mail: charlotte.kellermann@sowi.uni-bamberg.de

Dr. Zoltán Juhász

BACES-SRU
Otto-Friedrich Universität Bamberg
Feldkirchenstraße 21
D-96045 Bamberg
Tel.: ++49 951 863-2577
E-mail: zoltan.juhasz@baces.uni-bamberg.de

Prof. Dr. Hans Rattinger

Chair of Political Sciences (Focal Area: Political Sociology)
Faculty of Social and Economic Science
Otto-Friedrich Universität Bamberg
Feldkirchenstraße 21
D-96045 Bamberg
Tel.: ++49 951 863-2605
E-mail: hans.rattinger@sowi.uni-bamberg.de